

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 96 846 ppbn d



Inhalt

34. Jahrgang / 199

16. Oktober 1979

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, erläutert sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern.

Seite 1/2

Knut Terjung, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zur NS-Kampagne von CSU/CDF gegen die Sozialdemokratie: Kein Ausrutscher, sondern mit kaltem Kopf kalkulierte Taktik.

Seite 3 - 7

Hansmartin Simpfendörfer MdB warnt mit dem Blick auf das bevorstehende EG-Gipfeltreffen in Dublin: Es ist kurz vor zwölf.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 812-1

Situation und Perspektive

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Die Zunahme von Repressalien iranischer Staatsangehöriger gegen im Bundesgebiet lebende Landsleute während des Monats Juli gab Anlaß, den Bundesinnenminister um einen umfassenden aktuellen Bericht über den Ausländerextremismus in unserem Lande zu bitten. Der inzwischen vorliegende 24-seitige Bericht bietet einen gründlichen Überblick sowohl über die Sicherheitslage als auch über Möglichkeiten und Grenzen des Katalogs an staatlichen Maßnahmen auf diesem Sektor.

Aufgrund dieser Dokumentation lassen sich folgende grundsätzliche Feststellungen treffen:

1. Die insgesamt rund vier Millionen Ausländer verhalten sich in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit gesetzestreu und sind loyal gegenüber dem Gastland. Unsere ausländischen Mitbürger haben einen Anspruch darauf, daß dies mit der gebotenen Klarheit und Fairness immer wieder zum Ausdruck gebracht wird.
2. Nur eine verschwindend geringe Minderheit hat sich extremistischen Gruppierungen angeschlossen oder neigt - auch unorganisiert - zu extremistischen und sicherheitsgefährdenden Aktivitäten aus politischer Motivation. Ursache derartiger Aktivitäten sind vielfach Ablehnung der politischen Verhältnisse oder Konfliktsituationen innerhalb der Heimatstaaten oder dieser Staaten mit anderen Ländern, wobei Aktionen, teilweise unter Verletzung unserer Rechtsordnung, auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorbereitet oder sogar durchgeführt werden.
3. Durch derartige Aktionen werden zum Teil auch die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu



den jeweiligen Heimatstaaten oder den Drittstaaten belastet.

4. Mitunter richten sich die extremistischen oder sicherheitsgefährdenden Aktivitäten der Ausländer auch unmittelbar gegen die Bundesrepublik. Gefahren für die innere Sicherheit können dabei nicht nur von den hier lebenden Ausländern ausgehen, sondern gravierende Gewaltakte werden zum Teil auch von kurzfristig einreisenden Tätergruppen begangen.
 5. Die Lage im Bereich des Ausländerextremismus und der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern bedarf weiterhin sorgfältiger und intensiver Beobachtung insbesondere bei Iranern, Palästinensern, Türken und Exiljugoslawen, damit jederzeit rasch die notwendigen Maßnahmen des Strafrechts, des Ausländerrechts sowie des Vereins- und Versammlungsrechts von den zuständigen Behörden getroffen werden können.
 6. Die Lage im Jahre 1979 ist gekennzeichnet durch anhaltende Aktivitäten palästinensischer Untergrundorganisationen sowie, wegen der sich verschärfenden innenpolitischen Lage in der Türkei, durch die eskalierenden Spannungen zwischen rivalisierenden türkischen Gruppierungen im Bundesgebiet. Hinzu kommen die Repressalien iranischer Staatsangehöriger gegen hier lebende Landsleute in bisher 40 bekanntgewordenen Fällen mit 98 Tatverdächtigen. Im Bericht wird auf Vermutungen verwiesen, wonach aufgrund einer angeblich in Vorbereitung befindlichen neuen Namensliste erneut Repressalien von iranischer Seite gegen Landsleute in der Bundesrepublik eintreten könnten. Im Vergleich zum Jahre 1978, in dem von etwa 146 Organisationen und ihren etwa 1.218 Zweiggruppen mit insgesamt etwa 81.500 Mitgliedern auszugehen war, liegen die Zahlen nach Abschluß der ersten Jahreshälfte 1979 bereits bei etwa 93.000 Mitgliedern in 145 extremistischen Ausländerorganisationen mit 1.158 Zweiggruppen. Die erhöhten Mitgliederzahlen wurden im wesentlichen im Bereich der orthodox- beziehungsweise national-kommunistischen Organisationen sowie der ausländischen "Neuen Linken" festgestellt.
 7. Der Katalog an staatlichen Maßnahmen, um den Ausländerextremismus in Grenzen zu halten, wird im Bericht des Bundesinnenministeriums insgesamt als ausreichend und angemessen bezeichnet. Unter anderem wird aus dem den Behörden zur Verfügung stehenden Instrumentarium hinsichtlich der Wirksamkeit auf die im Ausländergesetz verankerte Möglichkeit der Zurückweisung an der Grenze hingewiesen. Zur Zeit seien zum Beispiel zahlreiche exiljugoslawische Extremisten in der Grenzfahndung als Zurückweisungsfälle ausgeschrieben. Entsprechendes gilt für einzelne Iraner. Zur Palette der Maßnahmen gehören auch die Ausweisung und Abschiebung sowie das Verbot politischer Betätigung. So hat das Bundesministerium des Innern in bisher 13 Fällen gegen exiljugoslawische Extremisten ein politisches Betätigungsverbot angeregt. Die zuständigen Länderinnenminister sind dem jedoch bedauerlicherweise erst in drei Fällen gefolgt.
- Alles in allem kommt der Bericht zu dem Ergebnis, daß insbesondere das Ausländergesetz keiner Änderung bedarf. Verbesserungsmöglichkeiten bestehen dagegen in Teilbereichen der Vollzugspraxis zum Beispiel hinsichtlich der Dauer der Strafverfahren.
8. Einen breiten Raum nehmen in der Dokumentation die Bemühungen der Innenministerkonferenz ein, durch entsprechende Beschlüsse eine vertrauensvolle effektive Zusammenarbeit des Bundes und der Länder unter Ausschöpfen des vorhandenen rechtlichen Instrumentariums im Bereich des Ausländerextremismus zu erreichen.

Jedenfalls bleiben die sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin für Bund und Länder, für Legislative und Exekutive auf der Tagesordnung. (-/16.10.1979/ks/ca)

+ + +



Die Wortführer von CDU/CSU verleumdten systematisch

Kein Ausrutscher, sondern mit kaltem Kopf kalkulierte Taktik

Von Knut Terjung

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Vor 32 Jahren hat Kurt Schumacher auf dem zweiten Nachkriegsparteitag 1947 in Nürnberg, dem zweiten Parteitag der von ihm wiederbegründeten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unter anderem jene drei Sätze gesagt, die es gilt, immer wieder ins Bewußtsein zurückzurufen - besonders in diesen Tagen. Schumacher mahnte:

"Demokratie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit."

"Die Demokratie kann nur leben, wenn die Menschen selbständig sind und den Willen zur Objektivität haben."

"Aber die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil."

Die Öffentlichkeit und die, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Meinungen zu veröffentlichen, haben in den vergangenen Wochen - verblüfft, erschrocken oder auch sprachlos - miterleben müssen, wie die Wortführer von CDU/CSU geradezu mörderische Behauptungen und verleumderische Aussagen über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in die Welt und ins Bewußtsein der Leute setzen und festsetzen lassen wollten.

Diese allmähliche Einschleusung der Nazi-These der CSU in die deutsche Medienöffentlichkeit - bei vordergründiger Analyse zunächst lediglich ein "Ausrutscher" des CSU-Generalsekretärs Stoiber - ist genau die Umkehrung dessen, was Schumacher mahnend aussprach: Hier wird das Prinzip der Ehrlichkeit und der Gegenseitigkeit von Politikern aufgekündigt. Hier haben diese Politiker keinesfalls den Willen zur Objektivität. Hier werden die politischen Mittel technokratisch und geradezu kriegswissenschaftlich gehandhabt.

Es sage keiner, es habe sich um einen einmaligen Ausrutscher - sozusagen im Eifer des beginnenden Wahlgefechts - gehandelt. Denn Stoibers schlimmer Satz in einem Interview mit der "Frankfurter Rundschau" am 28. September 1979 ("Wir haben in der Vergangenheit nicht deutlich gemacht, daß Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren") war eben kein Ausrutscher, sondern Teil einer kühl und mit kaltem Kopf kalkulierten Taktik unanständige, aber auf ihre Wirksamkeit vorher abgeklopfte Verleumdungen über die Medien in die breite Öffentlichkeit und damit an die Stammtische zu transportieren.

Der frühere CDU-Ministerpräsident Filbinger hat diese schreckliche Taktik mit der Formel "Freiheit oder Sozialismus" erstmals "getestet" und angewandt.

Diese "Freiheit und/oder Sozialismus"-Formel soll nun offensichtlich - jetzt aber pseudowissenschaftlich und pseudohistorisch untermauert und verbrämt - weiterbelebt werden.

Am 14. Juli 1979 startete der Vorsitzende des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, Dr. Holzgartner, einen Versuchsballon:

"Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz."

(Rede auf einem Kongreß des Arbeitskreises; Deutsche Tagespost, 24. Juli 1979)



Die eigentliche Kampagne leitete der CSU-Vorsitzende und Kandidat der Kombination aus CSU und CDU, Strauß, selbst ein. Vom Ausland her, in einem Interview mit dem französischen Nachrichten-Magazin L'Express (Erscheinungsdatum 29. September 1979), meinte er (in deutscher Übersetzung):

"Es stimmt, daß sie seltener vom 'National-Sozialismus' sprechen, weil sie nicht daran erinnern wollen, daß beide, der Marxismus und der National-Sozialismus zwei Erscheinungsformen des Kollektivismus sind.

Sei es der Marxismus oder der Kommunismus, der Faschismus, oder der National-Sozialismus, sie alle sind die verabscheuungswürdigen Produkte, die auf dem gleichen geistlosen Nährboden gewachsen sind. Deshalb ist es auch ganz und gar logisch, daß einige große Führer und Verteidiger des Faschismus in Italien wie in Deutschland aus dem Sozialismus kommen."

(In der deutschen Zusammenfassung dieses Interviews als CSU-Pressemitteilung vom 23. September 1979 sind diese Passagen nicht enthalten.)

In den deutschen Medien wurde die Kampagne mit dem bereits erwähnten Interview von CSU-Generalsekretär Stoiber in der "Frankfurter Rundschau" am 28. September 1979 eröffnet:

"Wir haben in der Vergangenheit nicht deutlich gemacht, daß Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren."

Und auf dem CSU-Parteitag am 28. September 1979 in München sagte Stoiber:

"Meine Aussage, daß es uns in der Vergangenheit nicht gelungen ist und wir es vielleicht versäumt haben... in der Bevölkerung deutlich zu machen, daß Nationalsozialisten in erster Linie auch Sozialisten, Kollektivisten waren, ist bei den Linken auf eine erstaunliche Resonanz gestoßen."

(Bayernkurier, 6. Oktober 1979)

Am 29. September 1979 meldet sich Strauß auch im Inland in diesem Sinne zu Wort. Auf dem CSU-Parteitag kündigt er an:

"Wir werden auch nicht schweigen in dieser Auseinandersetzung, denn schließlich war der Nationalsozialismus auch eine Variante des Sozialismus."

Die Ankündigung von Strauß wird in der CSU-Organisation unverzüglich aufgegriffen. Der Landesvorsitzende der Jungen Union Bayern, Sauter, im "Bayernkurier" vom 6. Oktober 1979:

"Jusos, Judos und sonstige Kommunistenspezies beziehungsweise Kommunisten haben in quälender Einfallslosigkeit eine für unsere Demokratie abstoßende Form der politischen Auseinandersetzung entdeckt. (...)

Sie imitieren auch mit erkennbarer Lernfähigkeit und schneller Auffassungsgabe Methoden der SS und SA sowie der übrigen Nationalsozialisten vor und nach der Machtergreifung im Jahre 1933. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Nationalsozialisten eben auch und vor allem Sozialisten waren. (...)

Sie sind daher die einzigen und wirklichen Faschisten unserer Tage, brutale und machtglerige Jungfunktionäre."

Der CDU-Vorsitzende Kohl ringt sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zu einer Distanzierung durch. Kohl am 8. Oktober 1979 auf dem DAG-Kongreß in Mannheim:



"Ich finde, eine wichtige Erfahrung dieses Jahres sollte sein, daß wir damit aufhören, uns gegenseitig die Schuld aus jener Zeit vorzurechnen. Wir sollten uns gemeinsam, jeder für sich, jede Gruppe für sich, der Last der deutschen Geschichte stellen, unsere Verantwortung übernehmen und bereitwillig aus der Geschichte für morgen lernen."

Vor der CSU-Landesgruppe im Bundestag enthüllt ihr Vorsitzender Zimmermann dann am 9. Oktober 1979 die Absicht der bewußt geführten Kampagne, als er sich kritisch zum Kritiker Kiep äußert (dpa, 9. Oktober 1979):

"Es gibt in der Union stets welche, die sich auf Kosten der Partei einen hohen moralischen Anspruch oder ein besseres Gewissen verschaffen möchten. Sie erinnern an Europa-Cup-Kicker, die zwar gern den Pokal haben möchten, aber auf dem Platz die Knochen nicht hinhalten."

Die Kampagne ist von den Medien breit transportiert worden, ihre Urheber vertrauen auf die Langzeitwirkung. So fällt es Zimmermann leicht, sie für vorläufig beendbar zu erklären:

"Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Friedrich Zimmermann, hat die Bereitschaft seiner Partei unterstrichen, die umstrittene NS-Diskussion mit den Sozialdemokraten zu beenden."

(dpa, 9. Oktober 1979)

In geradezu schon infam und an Zynismus kaum zu überbietender Schein-Heiligkeit erklärt dann das Initiatoren-Team Strauß-Stoiber-Zimmermann in einer gemeinsamen Erklärung am 11. Oktober 1979 von München aus:

"Niemand hat behauptet, daß die SPD dem Nationalsozialismus nahegestanden habe! Jedoch die Diskussion über die Tatsache, daß im Faschismus wie im Nationalsozialismus starke sozialistische Grundideen stecken, muß geführt werden. Sie muß jetzt geführt werden, damit sie nicht zu einem Wahlkampfthema wird. Es gibt daher kein Angebot der CSU, diese Grundsatzdiskussion nicht in der geeigneten Weise zu führen.
...

Die CSU hatte nie die Absicht und wird sie nie haben, soziale Demokraten als Kommunisten oder Nationalsozialisten oder alle Nationalsozialisten schlechterdings als Marxisten hinzustellen, sondern immer nur die Absicht, unmißverständlich klar zu machen, daß Faschismus, Nationalsozialismus, Marxismus und Kommunismus kollektivistische Ordnungsformen sind und damit in unversöhnlichem Gegensatz zum freiheitlich-individuellen Personalismus stehen. ..."

Es ist nicht die Aufgabe der CDU und CSU zu erklären, was demokratischer Sozialismus ist. Der SPD ist das bis jetzt nicht gelungen. Sie muß endlich ihr Verhältnis zu Marx klären, auf den sich die Kommunisten genauso berufen wie die Linken in der SPD..."

Dies bedeutet nichts anderes als: Sozialdemokraten sollen sich einer Gegenbeweisführungspflicht unterwerfen. Wer dies nicht tue, der müsse es sich eben gefallen lassen, daß man von ihm behauptet: Er ist Sozialdemokrat - also demokratischer Sozialist - also irgendwie Sozialist - also irgendwie Marxist - also irgendwie Kollektivist - also damit zumindest nicht ganz fern von dem, was "National"- "Sozialismus" zu sein behauptete.

Niemand sollte und darf sich - will er nicht daran mitwirken, in der Bundesrepublik Deutschland innenpolitische Gegner zu erbitterten Feinden zu stempeln - an dieser Ge-



schichtsklitterung beteiligen, dies gilt auch für die, die sich zur Veröffentlichung der aberwitzigen "Thesen" mißbrauchen lassen. Worte machen sich selbständig, und noch so erschrockene und ehrlich entrüstete Kommentare können sie kaum wieder zurückholen.

Auch die Aufforderung zur "ernsthaften Auseinandersetzung" jetzt, da der "Schmutz"-Teil der Kampagne scheinbar beiseite geräumt ist, ist durchsichtig. Denn dieser Schmutz wurde nur aufgetürmt, damit all die ihn wegräumen müssen, die damit beworfen wurden. Daß dies von CDU/CSU auch so geplant wurde, enthüllt der "Stern" in seiner neuesten Ausgabe: Am 2. August 1979 schon wurde eine vom CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Abelein angeforderte Untersuchung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages abgeschlossen. Thema: "Sozialistische Elemente in der nationalsozialistischen Bewegung." Auf neun Schreibmaschinenseiten liest sich die CDU/CSU unter der Registriernummer WD 1 - 124/79 unter klarer Zielvorgabe etwas aufschreiben, gedacht als Szenario zur Verteufelung der Sozialdemokraten.

Diese jüngste Kampagne ist der eindeutigste Beleg dafür, wie der Kandidat der CDU/CSU sich die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner vorstellt und welches "Programm" er sich selbst gesetzt hat. Noch schwammiger als der von ihm aus der Verantwortung gedrängte CDU-Vorsitzende Kohl verzichtet er auf Sachaussagen. Die Sonthofener Rede soll Satz für Satz und Wort für Wort in die Tat umgesetzt werden. Herbert Wehner hat nach der Nominierung von Strauß gewarnt:

"Das entscheidende Programmdokument für die Opposition ist die Sonthofener Rede geworden. Es ist ein Dokument der umfassenden innenpolitischen Feindschaftserklärung und brutaler Alleinvertretungsansprüche. Es beschreibt eine Methode des Machtkampfes um seiner selbst willen, eher noch: um eines Mannes willen.

Nicht programmatische Ziele und wertgebundene Überzeugungen bestimmen die Wahl des politischen Weges, sondern Techniken, wie man die Sozialdemokratie ins demokratische Abseits pressen und auf Dauer isolieren müsse.

Wenn es jemals ein Dokument von Gewicht in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, das den Namen vordemokratisch verdient, dann ist es diese Rede. Unser Gemeinwesen soll krank geredet, müde agitiert, bis zur Sachblindheit verwirrt werden, damit die CDU/CSU von der Notwendigkeit befreit werden kann, sich selbst kritisch zu überprüfen und zu erneuern."

Und:

"Wer innenpolitische Feindverhältnisse ausruft und praktiziert, schädigt die Fähigkeit unseres Gemeinwesens zu sachgerechten Lösungen. Wir Sozialdemokraten und alle, die wir außerhalb unserer Reihen erreichen können, haben die Pflicht, die Wirkungen dieser 'Strategie' einzudämmen, übrigens aus einem in Deutschland unvergleichlich schwer wiegenden historischen Grund. Wohl kein Volk hat so drastisch erfahren müssen, daß innenpolitische Feindverhältnisse, deren Wuchern nicht gestoppt werden kann, schließlich auch zu einer Außenpolitik führen, die zu aktiven Friedensbeiträgen unfähig ist."

Die kritische und wachsame Öffentlichkeit ist aufgerufen mitzuhelfen, die Zerstörung der politischen Auseinandersetzung durch kalkulierten Rufmord zu stoppen.

Schaden genug für unser Gemeinwesen ist bereits in den ersten 100 Tagen des Kandidaten Strauß angerichtet. Manches wird hängenbleiben, setzt sich fest, setzt sich fort, und wir müssen uns auch fragen: Läßt die Sensibilität in unserer 30jährigen Demokratie nach, zu erkennen, daß wir den Anfängen der Zerstörung des demokratischen Grundkonsens mit allen Kräften wehren müssen?



Einer der "Zeitgenossen, die in der Weimarer Republik leidvoll erfahren haben, wie der Stil der politischen Auseinandersetzung zum traurigen Ende einer hoffnungsvoll begonnenen Demokratie beigetragen hat", der Hamburger Altbürgermeister Professor Weichmann, hat jetzt mit großem Ernst öffentlich gemahnt: "Ist es überhaupt zu begreifen, daß den demokratischen Sozialisten, die ihrer Tradition, für die Freiheit zu kämpfen, treu geblieben sind, die dafür Gefängnisstrafen und Konzentrationslager erlitten haben, auch nur der Schein angedichtet werden konnte, Nationalsozialisten zu gleichen? Es ist geschehen, und diese Tatsache ist auch nicht durch lahme spätere Erläuterungen aus der Welt zu schaffen... Nicht der Parteienhaß darf den politischen Stil bestimmen. Die politische Fairneß muß bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassungen das politische Klima bestimmen, wenn die Würde des Staates und die Glaubwürdigkeit der Demokratie als ein gutes Staatssystem aufrechterhalten werden soll."

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat gesagt: "Wer den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus rückt, ist für mich auf dem Weg zu einem demagogischen Geschichtsfälscher und ein gefährlicher Politiker. Wer so mit aller Kraft gegen unsere Geschichte arbeitet, arbeitet auch mit aller Kraft gegen Deutschland." Dafür hat sich Vetter die an Dummheit und Flapsigkeit kaum zu übertreffende Bemerkung des CSU-Pressesprechers eingehandelt, der DGB-Chef - zuvor von Strauß als "gestandenes Mannsbild" bezeichnet - habe "nur sein Soll an kritischen Worten erfüllen" müssen.

Daß derjenige, der hier schweigt, mitschuldig wird, scheint im Unionslager allein der CDU-Schatzmeister Kiep begriffen zu haben, der sich unmißverständlich zu Wort meldete: "Freund-Feind-Denken paßt nicht zu unserer Demokratie. Wer dieses Geschäft betreibt, ist ein Totengräber unserer freiheitlichen Ordnung."

Kiep hat sich damit ehrlich zu der von vielen nur als Formel verstandenen "Solidarität der Demokraten" bekannt; er hat der Kumpanei der Brunnenvergifter mit denjenigen, die nur darüber streiten, ob mit Verhetzung mehr oder weniger Stimmen zu holen sind, eine deutliche Absage erteilt. Wäre es wirklich zu viel verlangt, auch von anderen gestandenen CDU-Politikern, die ähnlich denken wie Kiep, auch klare Aussagen, klare Positionen zu erwarten?

Man täusche sich auch nicht über das Echo bei unseren ausländischen Nachbarn. Vor einigen Wochen hat Strauß den italienischen Staatspräsidenten Pertini, eine der großen Persönlichkeiten des europäischen Sozialismus, ins Konzentrationslager Flossenbürg begleitet, wo dessen Bruder - auch ein Sozialist - von den Nazis ermordet worden ist. Millionen Menschen in Europa haben dieses Bild gesehen. Was mögen sie wohl von einem deutschen Kanzlerkandidaten denken, der kurz darauf erklärt, die Verfolgten hätten eigentlich zu den Verfolgern, die Ermordeten eigentlich zu den Mördern gehört?
(-/16.10.1979/ks/ca)

+ + +



Es ist kurz vor zwölf

Zum bevorstehenden EG-Gipfeltreffen in Dublin

Von Hansmartin Simpfendörfer MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland sind sich einig, daß es bei der Begrenzung der eigenen Einnahmen der EG auf Zölle, Abschöpfungen und die Mehrwertsteuer bis zu einem Prozentpunkt der Bemessungsgrundlage bleiben muß. Der Bundeshaushalt kann zur Zeit einen zusätzlichen Aderlaß nicht verkraften. Die klare Haltung des Bundeskanzlers in dieser Sache, wie er sie vor der SPD-Bundestagsfraktion erneut dargelegt hat, entspricht dem Willen der Fraktionen im Deutschen Bundestag, wie er im Beschluß vom 27. Juni 1979 zum Ausdruck kommt. Doch daraus ergibt sich die Notwendigkeit zu handeln, wenn es nicht 1981/82 zum Zusammenbruch der teuersten und wichtigsten europäischen Marktordnung, nämlich der für Milch, kommen soll, weil aus Mangel an Geld die Intervention ausgesetzt werden muß.

Die Aussetzung der Intervention für Butter und Magermilchpulver wäre ein schlimmer Schlag gegen die Einkommen der Milcherzeuger. Deshalb muß die Milchmarktordnung so verändert werden, daß die Zuwachsraten für die Interventionskosten unter den Zuwachskosten der eigenen Einnahmen der EG bleiben. Das ist nicht ohne Einkommensverluste für die Milcherzeuger möglich. Es gibt dazu jedoch keine Alternative, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Die Agrarminister müssen rasch handeln. Es ist kurz vor zwölf.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort an die vielen Kritiker der europäischen und nationalen Agrarpolitik.

Obwohl es besonders auf dem Milchsektor skandalöse Fehlentwicklungen gibt, die Erzeuger und Verbraucher gleichermaßen empören mußten, hat sich die europäische Agrarpolitik viel positiver für die deutschen Verbraucher ausgewirkt als viele glauben. Das zeigt die Statistik: Im Vergleich zu 1970 erhöhten sich die Nahrungsmittelpreise um 4,8 Prozent pro Jahr, die Preise für die übrige Lebenshaltung um durchschnittlich 5,3 Prozent pro Jahr. Im ersten Halbjahr 1979 setzte sich diese Entwicklung noch eindeutiger fort. Die Gründe liegen bei den zurückbleibenden Erzeugerpreisen und den Einfuhrpreisen für Ernährungsgüter. Die Erzeugerpreise lagen im Jahresdurchschnitt 1978 um 3,7 Prozent unter den von 1977 und die Einfuhrpreise für Ernährungsgüter gingen gar um elf Prozent zurück.

Die Kaufkraftentwicklung stellt sich ähnlich dar. Die verfügbaren Einkommen der Haushalte sind im Laufe der Jahre stärker gestiegen als die Nahrungsmittelpreise. So stieg der monatliche Nettolohn beziehungsweise das Nettogehalt der beschäftigten Arbeitnehmer von 887 DM im Jahre 1970 um 79 Prozent auf 1.584 DM im Jahre 1978. Die Arbeiter- und Angestelltenrenten erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 104 beziehungsweise 89 Prozent. Die Preise stiegen von 1970 bis 1978 um 57 Prozent, darunter die Nahrungsmittelpreise nur um 48 Prozent. 1970 konnte ein Industriearbeiter mit dem Nettoverdienst einer Arbeitsstunde 28 Eier oder rund 600 g Kotelett, 1978 dagegen 40 Eier oder fast 900 g Kotelett kaufen.

Die Bilanz sozialliberaler Politik auf diesem Gebiet ist also nicht schlecht.
(-/16.10.1979/v0-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

